Asyl- und Ausländerabstimmungen in Serie?

Autor(en): **Aeschbach, Karl**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **86 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-355466

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Asyl- und Ausländer-abstimmungen in Serie?

Neben der Totalrevision des Asylgesetzes stehen nicht weniger als 4 fremdenfeindliche Volksinitiativen in der «Pipeline». Ein kommentierender Überblick.

Von Karl Aeschbach, Sekretär des SGB

In den nächsten Jahren wird das Schweizervolk voraussichtlich mehrmals zu Fragen der Asyl- und Ausländerpolitik Stellung nehmen müssen.[1] Zum einen muss der geltende Bundesbeschluss im Asylwesen, der bis Ende 1995 befristet ist, im kommenden Jahr durch eine Totalrevision des Asylgesetzes abgelöst werden. Bundesrat Koller hat eine kleine Expertengruppe eingesetzt, die in aller Verschwiegenheit an der Arbeit ist. Dennoch ist zu hören, dass eine neue gesetzliche Grundlage für das Problem der «Gewaltflüchtlinge» gesucht wird, was grundsätzlich positiv wäre. In der Tat stammen seit Jahren zwei Drittel aller Asylgesuche aus Ländern mit akuten bürgerkriegsähnlichen Situationen. Andrerseits lässt das allgemeine Klima einer durch blosse Abwehr gekennzeichneten Asylpraxis wenig Gutes erhoffen. Das Wahljahr 1995 könnte einige Parteien dazu verleiten, Wahlpropaganda auf dem Buckel der gesellschaftlich Schwächsten zu betreiben.

Aber damit nicht genug, stecken nicht weniger als vier Volksinitiativen in der «Pipeline». Es sind dies:

- «Für eine vernünftige Asylpolitik», Schweizer Demokraten, eingereicht im Juli 1992.
- «Gegen die illegale Einwanderung», SVP, eingereicht im Oktober 1993.
- «Für eine Regelung der Zuwanderung», Komitee aus Mitgliedern des rechten Flügels von FDP, SVP, mit Vertretern der EDU und der Schweizer Demokraten, unterstützt von Autopartei, lanciert im März 1994.
- Neue Ausländerinitiative der Schweizer Demokraten, angekündigt.

Die beiden ersten Initiativen haben eine drastische Verschärfung der Asylpolitik zum Ziel. Beide stimmen darin überein, dass auf Asylgesuche von illegal Eingereisten nicht eingetreten und diese Personen sofort weggewiesen werden sollen. Die SVP-Initiative enthält aber den Vorbehalt, dass das Verbot der Rückschiebung gefährdeter Personen in den Verfolgerstaat eingehalten werden müsse, während sich die Schweizer Demokraten darum nicht kümmern.

Im Gegenteil verlangen sie eine Einengung des Flüchtlingsbegriffs gegenüber dem geltenden Gesetz (die «begründete Furcht» soll kein Asylgrund mehr sein) und die Kündigung völkerrechtlicher Verträge, die dazu im Widerspruch stehen. Sie wollen erreichen, dass die Schweiz die Internationale Flüchtlingskonvention von 1951 und möglicherweise auch die Europäische Menschenrechtskonvention kündigen müsste.

Ähnliche Forderungen waren bereits in früheren NA-Initiativen enthalten, vom Volk aber immer abgelehnt worden. Es ist noch offen, ob der Bundesrat erneut auf diese Einsicht des Volkes vertraut oder ob er in diesem Falle die Ungültigkeitserklärung für diese Initiative beantragen wird. So oder so bleibt die zweite Initiative der SVP die gefährlichere, da sie ihren Populismus in ein rechtsstaatliches Gewand kleidet. Da aber auch das Rückschiebeverbot eine Prüfung des Einzelfalles erfordert, trägt die Initiative nichts zur Lösung der tatsächlichen Probleme bei, verschärft aber das fremdenfeindliche Klima erheblich.

Gefährlich ist auch die dritte Initiative, die unter dem harmlosen Titel der «Regelung der Zuwanderung» segelt. Mit dem eingängigen Slogan, sie wolle die ausländische Bevölkerung auf dem heutigen Anteil von 18 Prozent stabilisieren, dürfte sie einige Zustimmung finden. Da sich die Initianten an den heutigen Ausländerkategorien orientieren, würde ihr Text aber auch das Saisonnierstatut zementieren und jede strukturelle Reform der heutigen Ausländerpolitik verhindern.

Zudem werden mit dieser Hauptforderung eine ganze Reihe zusätzlicher Forderungen verbunden, die auf eine massive Schlechterstellung von Asylsuchenden und Gewaltflüchtlingen abzielen. Für sie soll jeglicher «finanzielle Anreiz» unterbunden werden, womit sicher jede Erwerbstätigkeit verboten würde. Dass dies nur zu höheren Fürsorgekosten und zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen führt, lässt sich aufgrund der Erfahrungen nachweisen. Mit einigen Forderungen, zum Beispiel nach einer nicht limitierten Ausschaffungshaft, geht die Initiative noch über die Zwangsmassnahmen hinaus.

Diese jüngste Initiative erscheint auch darum gefährlich, weil sie erstmals nicht von einer kleinen fremdenfeindlichen Partei stammt, sondern vom rechten Flügel der etablierten bürgerlichen Parteien. Das zeigt, dass das fremdenfeindliche Gedankengut bis weit ins Bürgertum hinein salonfähig geworden ist.

Für die Linke heisst dies aber, dass die liberalen Verbündeten früherer Abstimmungskämpfe in ihren eigenen Parteien an Boden verlieren. Auch das wirtschaftliche Eigeninteresse, das in der Vergangenheit wesentlich zur Ablehnung fremdenfeindlicher Initiativen beitrug, spielt eine geringere Rolle, wenn es vorab um Asylsuchende und Gewaltflüchtlinge geht. Damit muss die Linke, wenn sie nicht allein kämpfen will, rasch mit dem Aufbau einer neuen antirassistischen Koalition beginnen.

1 Zu den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht, siehe die zwei folgenden Beiträge